



DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 47/81

Berlin

19. November 1981

48. Jahrgang

Finanzpolitik verschärft Lage am Arbeitsmarkt

Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte 1981/82

Mit den Entscheidungen vom September dieses Jahres hat die Bundesregierung den angekündigten Kurswechsel in der Finanzpolitik vollzogen. Obwohl sich die Zahl der Arbeitslosen der vor gar nicht langer Zeit als „Horrorzenarium“ apostrophierten Größenordnung nähert, hält die Regierung an ihrem Ziel fest, die Haushaltsdefizite drastisch zu verringern. Auch Länder und Gemeinden werden dieser Austeritätspolitik folgen. Bei den Entscheidungsträgern spielen angebotspolitische Faktoren – ob aus Überzeugung oder aus finanzieller Not – offensichtlich eine immer größere Rolle. Indem der Staat seinen Einfluß auf die gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten verringere, vergrößere sich der Spielraum für arbeitsplatzschaffende private Investitionen. Globale Begünstigungen der unternehmerischen Innovations- und Investitionstätigkeit, z. B. durch Verbesserung der Abschreibungsbedingungen, würden diesen Prozeß beschleunigen.

Nicht zuletzt wegen der Erfahrungen in den Jahren 1976/77 muß der Erfolg einer überzogenen Sparpolitik bezweifelt werden. Auch im Ausland finden sich zur Zeit anschauliche Beispiele für die Fragwürdigkeit einer solchen Politik. Besorgniserregend sind vor allem die Konsequenzen der Arbeitslosigkeit für den sozialen Konsens. Die Bemühungen um einen raschen Defizitabbau ähneln in der gegenwärtigen Lage dem Versuch, Wasser mit einem Sieb zu schöpfen. Eine Politik, die über vermehrte Investitionen die strukturellen Probleme lösen will, gleichzeitig aber die öffentlichen Investitionsausgaben kräftig drosselt, entbehrt der Logik.

Die expansive Finanzpolitik in den vergangenen Jahren hat nicht unerheblich zum letzten Konjunktur- und Beschäftigungsaufschwung beigetragen. Die „eigene“ Nachfrage des Staates nach Arbeitskräften sowie die im gewerblichen Bereich induzierte Produktion, insbesondere in der Bauwirtschaft, führten nach überschlägigen Berechnungen zu Beschäftigungseffekten in einer Größenordnung von 350 000 Erwerbspersonen. Aus heutiger Sicht hätte die Fi-

nanzpolitik allenfalls 1979 zurückhaltender operieren müssen; die öffentliche Nachfrage nach Bauleistungen hat den Preisauftrieb im Baugewerbe und damit in der Gesamtwirtschaft erheblich begünstigt. Durch eine stärkere Streckung der Aufträge – dies sollte auch im Rahmen einer mittelfristig konzipierten Politik (Zukunftsinvestitionsprogramm) möglich sein – hätte eine „Rücklage“ für das Rezessionsjahr 1981 gebildet werden können; die Wachstums- und Be-

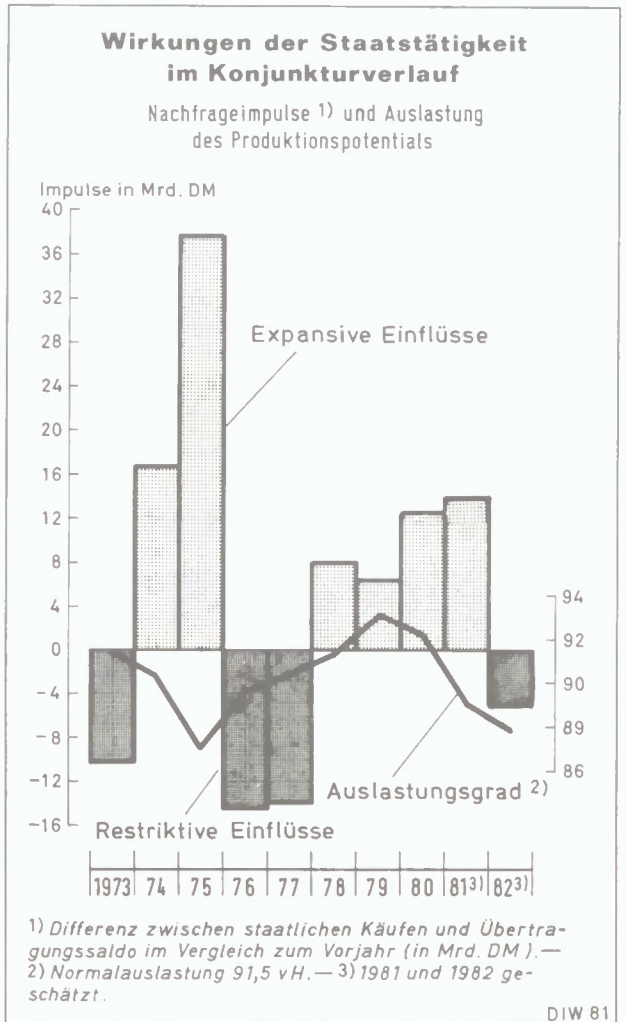
schäftigungsgewinne des Zukunftsinvestitionsprogramms wären dann größer gewesen.

Von den Haushalten der Gebietskörperschaften sind in den Jahren 1978 bis 1980 Nachfrageimpulse¹ in Höhe von jeweils 9 Mrd. DM im jährlichen Durchschnitt auf die Gesamtwirtschaft ausgegangen. Steuerliche Entlastungen und vermehrte Staatsausgaben haben gleichermaßen zu dieser Entwicklung beigetragen. Obwohl der Ausgabenanstieg in diesem Jahr bereits merklich abflacht, ist für 1981 mit expansiven Impulsen in Höhe von 14 Mrd. DM zu rechnen. Sie sind aber nicht auf gezielte Aktivitäten zur Bekämpfung der Rezession zurückzuführen, sondern Folge der in das Steuer- und Transfersystem eingebauten Automatismen sowie der schon 1979 beschlossenen Steuerrechtsänderungen. Allein die konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen werden in diesem Jahr mindestens 20 Mrd. DM betragen; unter Einfluß der Bundeszuschüsse zur Arbeitslosenversicherung errechnet sich für 1981 ein „konjunkturelles“ Defizit von rund 30 Mrd. DM. Diese Lücke hat letztlich den Kurswechsel der Finanzpolitik ausgelöst, denn die Psychose der Überschuldung orientiert sich am zu hoch empfundenen Gesamtdefizit, nicht aber an der „strukturellen“ Komponente.

Steueraufkommen 1981 und 1982

Grundlage bei der Aufstellung der Haushaltspläne für das Jahr 1981 waren die Ergebnisse des „Arbeitskreises Steuerschätzungen“ vom Dezember 1980. Die Zielprojektion der Bundesregierung gab einen Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts von 4,5 vH und eine Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltsumme von knapp 4 vH als gesamtwirtschaftliche Eckwerte vor. Auf dieser Basis wurde der Zuwachs des Steueraufkommens — Mehreinnahmen von 2,5 Mrd. DM durch Erhöhung der Mineralöl- und Branntweinsteuer eingerechnet — auf 3,5 vH geschätzt. Inzwischen mußten die gesamtwirtschaftlichen Eckdaten revidiert werden. Nach den Ergebnissen der Gemeinschaftsdiagnose² vom Herbst ist für dieses Jahr nur mit einem Anstieg des nominalen Sozialprodukts von 3,5 vH zu rechnen. Die für Steuerschätzungen besonders relevante Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltsumme wird dagegen mit 4,5 vH etwas höher ausfallen, als vor Jahresfrist angenommen worden war. Insbesondere wegen des konjunkturbedingten Einbruchs bei den Gewinnsteuern mußte die offizielle Steuerschätzung bereits mehrmals nach unten korrigiert werden. Aber auch die letzte Prognose vom Juni 1981 dürfte sich mit 375 Mrd. DM (2,7 vH) für dieses Jahr und mit 402 Mrd. DM (7,1 vH) für 1982 — steuerliche Maßnahmen der September-Beschlüsse berücksichtigt — als überhöht erweisen.

In den ersten neun Monaten dieses Jahres konnten Bund, Länder und Gemeinden in ihren Kassen lediglich ein Plus von 1,5 vH verbuchen. Dieses enttäuschende Ergebnis ist nicht nur auf die zu Beginn des Jahres wirksam gewordenen Steuersenkungen im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer zurückzuführen, sondern insbesondere durch konjunkturelle Mindereinnahmen bedingt. Für das ganze Jahr 1981



¹ Als Grobindikator zur Beurteilung der konjunkturellen Wirkungen der Staatstätigkeit werden Nachfrageimpulse verwendet. Sie errechnen sich aus der absoluten Differenz zwischen den staatlichen Käufen und dem Übertragungssaldo (empfangene Übertragungen einschließlich Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich geleistete Übertragungen einschließlich Zinsen auf öffentliche Schulden) im Vergleich zum Vorjahr. Die Nachfrageimpulse stellen Primärimpulse dar; nicht berücksichtigt werden die multiplikativen Verknüpfungen. Kontraktive Einflüsse gehen auf die Gesamtwirtschaft dann aus, wenn im Vergleich zur Vorperiode die Entzugswirkungen der staatlichen Mehreinnahmen größer sind als die expansiven Effekte der Mehrausgaben. Die Frage der Konjunkturadäquanz kann durch den Bezug zum Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials verdeutlicht werden (siehe Schaubild).

² Vgl. die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1981. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 43-44/1981.

Entwicklung und Vorausschätzung des Steueraufkommens in der Bundesrepublik Deutschland 1979 bis 1982

	Steueraufkommen in Mrd. DM				Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH ¹⁾		
	1979	1980	1981 ¹⁾	1982 ¹⁾	1980	1981 ¹⁾	1982 ¹⁾
Gemeinschaftliche Steuern	245,55	267,30	274,50	290,00	8,9	2,5	5,5
Lohnsteuer ²⁾	97,07	111,56	117,30	125,00	14,9	5,0	6,5
Veranlagte Einkommensteuer ²⁾	37,55	36,80	34,00	35,50	-2,0	-7,5	4,5
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	3,81	4,17	4,40	4,50	9,5	5,5	2,0
Körperschaftsteuer ³⁾	22,91	21,32	20,00	21,00	-6,9	-6,0	-5,0
Steuern vom Umsatz ³⁾	84,21	93,45	98,80	104,00	11,0	5,5	5,0
Sonstige Steuern	97,27	97,69	98,50	102,30	0,4	1,0	4,0
Bundessteuern ⁴⁾	44,67	46,05	48,25	50,80	3,1	5,0	5,0
dar.: Mineralölsteuer	21,14	21,35	22,20	22,80	1,0	4,0	2,5
Tabaksteuer	10,70	11,29	11,35	12,40	5,5	0,5	9,0
Branntweinmonopol	4,01	3,88	4,50	4,75	-3,2	16,0	5,5
Ländersteuern ⁵⁾	16,60	16,07	16,40	17,00	-3,2	-0,2	3,5
Gemeindesteuern	35,74	35,49	33,83	34,49	-0,7	-4,5	2,0
LAG-Abgaben	0,26	0,08	0,02	0,01	-69,2	-75,0	-50,0
Steuereinnahmen insgesamt	342,82	364,99	373,00	392,30	6,5	2,0	5,0
davon: 6)							
Bund ⁷⁾	167,41	177,54	183,10	192,30	6,1	3,0	5,0
Länder ⁷⁾	123,94	129,38	131,00	137,90	4,4	1,0	5,0
Gemeinden ⁸⁾	41,06	47,37	46,40	48,20	15,4	-2,0	4,0
Sonstige ⁹⁾	10,41	10,70	12,50	13,90	2,8	17,0	11,0

1) DIW-Schätzung.- 2) Beteiligungsverhältnis Bund/Länder und Gemeinden: bis 1979 = 43 vH/43 vH und 14 vH; ab 1980 = 42,5 vH/42,5 vH und 15 vH.- 3) Beteiligungsverhältnis Bund/Länder : 67,5 vH/32,5 vH. Zahlung der Länder von 1 Mrd. DM ab 1981 zum teilweisen Ausgleich der vom Bund übernommenen Erhöhung des Kindergeldes beim Bund zugesetzt und bei den Ländern gekürzt.- 4) Einschließlich Zölle (100 vH).- 5) Einschließlich Gewerbesteuer vor Abzug der Gewerbesteuerumlage.- 6) EG-Anteile an den Zöllen und den Steuern vom Umsatz abgesetzt. Nicht um Ergänzungszuweisungen an die Länder gekürzt.- 7) Einschließlich Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Nicht um Ergänzungszuweisungen vom Bund erhöht.- 8) Ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten.- 9) EG-Anteile Zölle und Steuern vom Umsatz, Lastenausgleichsabgaben.

ist allenfalls mit einer Zunahme des Steueraufkommens um gut 2 vH auf 373 Mrd. DM zu rechnen. Gegenüber den ursprünglichen Haushaltsansätzen bedeutet dies einen Steuerausfall von rund 4,5 Mrd. DM. Dabei wird es allein bei den Gewinnsteuern (veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer) zu Fehlbeträgen von fast 8 Mrd. DM kommen, die allerdings teilweise durch — nicht veranschlagte — Mehreinnahmen bei der Lohnsteuer (4,3 Mrd. DM) ausgeglichen werden.

Für das kommende Jahr wird mit dem Ende der konjunkturellen Talfahrt und einer allmählichen Erholung gerechnet. Darauf basiert die Prognose einer Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts um 5 vH. Da die Verschlechterung am Arbeitsmarkt bis weit in das nächste Jahr anhalten wird, dürfte die Bruttolohn- und -gehaltsumme — zurückhaltende Lohnabschlüsse unterstellt — nur um 3,5 vH zunehmen. Zum geplanten Abbau der öffentlichen Defizite hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer Sparbeschlüsse neben Ausgabenkürzungen auch Steuererhöhungen angekündigt. Sie betreffen die Tabak-, Schaumwein- und Branntweinsteuer sowie den Abbau von zahlreichen Steuervergünstigungen und sollen insgesamt 5 Mrd. DM betragen. Gleichzeitig soll die Investitionstätigkeit der Unternehmen durch Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten stimuliert werden. Für die Stahlindustrie sind spezielle Investitionszulagen vorgesehen. Insgesamt schlagen diese Maßnahmen 1982 mit einer Milliarde DM zu Buche.

Zur Verringerung des Haushaltsdefizits des Bundes sind 1982 ferner 10 Mrd. DM Gewinnablieferung der Deutschen Bundesbank eingeplant. Nach der bisherigen Entwicklung kann die Bundesbank 1981 in der Tat mit hohen Zinseinnahmen aus dem Ausland und vom inländischen Bankensystem rechnen.

Ausgehend von den Rahmendaten der Gemeinschaftsdiagnose dürfte 1982 das Steueraufkommen um 5,5 vH auf 392 Mrd. DM steigen; mehr als ein vH-Punkt des Anstiegs resultiert dabei aus den geplanten Steuererhöhungen. Noch in der Juni-Schätzung des „Arbeitskreises Steuerschätzungen“ wurde mit Einnahmen gerechnet, die um 9 Mrd. DM höher waren.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wurde die Progression der Lohnsteuer durch Korrekturen des Einkommensteuertarifs weitgehend aufgehoben. Auch in diesem Jahr sind Steuerentlastungen in der Größenordnung von 6 Mrd. DM wirksam. Bis September hat das Aufkommen mit 5 vH dennoch überraschend expandiert, obwohl die Erstattungen im Rahmen des Lohnsteuerjahresausgleichs stark zugenommen haben (17,5 vH). Ohne diese Faktoren hätte das Aufkommen mehr als doppelt so rasch wie die Bruttolohn- und -gehaltsumme zugenommen. Die verschiedenen Steuerrechtsänderungen in der Vergangenheit haben also zwar das Aufkommensniveau verringert, die systemimmanente Progression des Steuertarifs wurde jedoch nicht entschärft. Hinzu kommt, daß bei zunehmender Arbeitslosigkeit das Durchschnittseinkommen der noch beschäftigten Ar-

beitnehmer und damit die gesamte Aufkommenselastizität der Lohnsteuer steigt; von der Arbeitslosigkeit sind vor allem geringer Qualifizierte mit unterdurchschnittlichen Einkommen betroffen. In den nächsten Monaten dürften die Lohnsteuereingänge mit unvermindertem Tempo zunehmen, so daß für das ganze Jahr 1981 ein Aufkommen von über 117 Mrd. DM (5 vH) erwartet werden kann.

Die finanzpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung vom September belasten auch die Lohnsteuerzahler: Aus der Herabsetzung der Arbeitnehmersparzulage und der Streichung des Haushaltsfreibetrages für Alleinstehende über 49 Jahre (864 DM) sind 1982 Mehreinnahmen von über einer Milliarde DM zu erwarten. Hinzu kommt die Progressionswirkung, so daß trotz schwacher Zunahme der Löhne und Gehälter (3,5 vH) mit einem Einnahmenplus von 6,5 vH zu rechnen ist.

Wie konjunkturreagibel die Einkommen- und Gewinnsteuern sind, zeigt sich erneut an der raschen Anpassung des Aufkommens an die schlechte Gewinnsituation der Unternehmen. Von Januar bis September verringerten sich die Kasseneingänge bei der veranlagten Einkommensteuer um mehr als 10 vH. Dabei hat sich die negative Entwicklung im Jahresverlauf deutlich verstärkt (1. Vj.: -2,4 vH; 2. Vj.: -13,4 vH; 3. Vj.: -15,9 vH). Zu diesen Mindereinnahmen haben sowohl geringere Abschlußzahlungen aus früheren Veranlagungen als auch konjunkturell bedingte Herabsetzungen der Vorauszahlungen durch die Steuerpflichtigen beigetragen. Der Einbruch geht allerdings auch auf einen starken Anstieg der mit den Einkommensteuerzahlungen verrechneten Investitionszulagen³ (24,5 vH) zurück. Zu erwähnen sind ferner hohe Erstattungsbeträge an Arbeitnehmer (23 vH) aus der Einkommensteuerveranlagung; sie werden in der Statistik nicht mit dem Aufkommen an Lohnsteuer verrechnet, sondern von der veranlagten Einkommensteuer abgesetzt. Bereinigt um die verschiedenen Effekte reduziert sich der Rückgang der Kasseneinnahmen auf 3 bis 4 vH. Unter der Annahme, daß sich die rückläufige Tendenz im weiteren Jahresverlauf nicht verstärkt, ist für das ganze Jahr 1981 mit einem Minus von 7,5 vH zu rechnen. Die erwartete Verbesserung der Gewinnsituation der Unternehmen dürfte sich 1982 im Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer mit einem Plus (4,5 vH) niederschlagen.

Auch bei der Körperschaftsteuer spiegeln die Kasseneingänge den Konjunkturreinbruch wider; seit Mitte 1980 bleibt das Aufkommen hinter den Vorjahresergebnissen zurück, da auch die Körperschaften ihre Vorauszahlungen rasch der sich verschlechternden Ertragslage angepaßt haben. Bis September betrug der Rückgang der Steuerzahlungen fast 9 vH. Zu einem geringen Teil haben auch hier steigende

Investitionszulagen (27,5 vH) den negativen Trend bestimmt. Für den weiteren Jahresverlauf wird die ungünstige Gewinnsituation bestimmend bleiben, das Aufkommen allenfalls ein Volumen von 20 Mrd. DM (-6 vH) erreichen. Im nächsten Jahr dürfte die erwartete konjunkturelle Besserung sich in wieder steigenden Vorauszahlungen niederschlagen. Für einen Anstieg der Kasseneingänge spricht auch, daß die aufkommensmindernden Einflüsse aus Steuerrechtsänderungen der vergangenen Jahre 1982 an Gewicht verlieren. Alles in allem ist mit Mehreinnahmen von 5 vH zu rechnen.

Die Steuern vom Umsatz erbrachten bis September ein Plus von knapp 6 vH. Der im Vergleich zum Sozialprodukt höhere Anstieg hängt auch mit Strukturverschiebungen in der Verwendung des Sozialprodukts zusammen; im konjunkturellen Abschwung verlieren die vorsteuerabzugsberechtigten Investitionen und Vorratsveränderungen an Gewicht.

Die Mehrwertsteuer und die Einfuhrumsatzsteuer zeigten in den ersten neun Monaten dieses Jahres eine annähernd parallele Entwicklung: Die Einfuhrumsatzsteuer expandierte infolge des verlangsamten Importanstiegs deutlich schwächer (6,7 vH) als im Vorjahr und dämpfte den Aufkommenszuwachs der Umsatzsteuer (5,3 vH) — über den Vorsteuerabzug — nicht mehr so stark wie im Vorjahr. Der Verlauf der bisherigen Kasseneingänge läßt für das ganze Jahr eine Zunahme der Steuern vom Umsatz von 5,5 vH auf 99 Mrd. DM erwarten. Obwohl 1982 die steuerfreien Exporte und der vorsteuerabzugsberechtigte Lageraufbau der Unternehmen wieder an Gewicht gewinnen und den Anstieg der Steuern vom Umsatz spürbar dämpfen dürften, wird die Expansion mit 5 vH etwa mit der Zunahme des nominalen Sozialprodukts Schritt halten. Ausschlaggebend sind Mehreinnahmen von gut einer Milliarde DM aus dem Abbau von Steuervergünstigungen⁴ im Rahmen der Sparbeschlüsse vom September 1981.

Die speziellen Verbrauchsteuern des Bundes — im wesentlichen durch den mengenmäßigen Verbrauch der besteuerten Güter bestimmt — haben trotz der Steuersatzanhebungen zum 1. 4. 1981 bei der Mineralöl- und Branntweinsteuer bis September nur Mehreinnahmen von 3 vH erbracht. Hier schlug der Rückgang des Absatzes von Mineralölen und Branntwein zu Buche. Insgesamt dürfte die Zunahme der Verbrauchsteuern in diesem Jahr 4,5 vH erreichen. Auch 1982 wird das Aufkommen wegen der geplan-

³ Aus dem Einkommen- und Körperschaftsteueraufkommen geleistete Investitionszulagen nach §§ 1, 4, 4a, 4b InvZuLg und § 19 BerlinFG.

⁴ Wegfall Vorsteuerabzug für Betriebs-Pkw, Kürzung Berlin-Förderung, Abschaffung des ermäßigten Steuersatzes für freie Berufe sowie Mindereinnahmen durch Erhöhung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft.

ten Mehrerträge aus der Erhöhung der Tabak-, Schaumwein- und Branntweinsteuer mit 5 vH rascher steigen als die mengenmäßige Nachfrage der besteuerten Güter.

Zur Ausgabenentwicklung 1981

In seinen Beratungen zu den Haushaltsplanungen 1981 hatte der Finanzplanungsrat den Gebietskörperschaften empfohlen, den Ausgabenanstieg auf unter 4 vH zu begrenzen, damit die Neuverschuldung nicht über das 1980 realisierte Volumen hinausgehe. Obwohl zum Jahresende 1980 die rezessive Entwicklung schon deutlich erkennbar war, sah man keinen Anlaß für „besondere konjunkturanregende finanzpolitische Maßnahmen“⁵. Allerdings steht schon heute fest, daß die Zielgröße erheblich überschritten wird: Nach dem bisher erkennbaren Verlauf werden die Ausgaben der Gebietskörperschaften um über 6 vH zunehmen; dabei ist unterstellt, daß der Zuwachs im zweiten Halbjahr 1981 deutlich schwächer ausfällt als in der ersten Jahreshälfte (7,4 vH). Abgesehen von abrechnungsbedingten Sonderfaktoren — die Verausgabung der Bundesmittel erfolgte in den letzten Jahren zunehmend im ersten Halbjahr — waren es vor allem die Zuschüsse des Bundes an die Arbeitslosenversicherung, eine überaus kräftige Steigerung der Militärausgaben und erhöhte Zinsaufwendungen infolge der ungünstigen Kapitalmarktbedingungen, die diese „ungeplanten“ Mehrausgaben verursachten.

Wie schon in den Jahren zuvor lagen die diesjährigen Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst um einen halben Prozentpunkt unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Unter Berücksichtigung der Entwicklung im ersten Quartal, die vom Tarifabschluß des Vorjahres bestimmt wird, errechnet sich für 1981 ein tariflohnbestimmter Anstieg der Personalausgaben um knapp 5 vH. Im Gegensatz zu den frühen siebziger Jahren spielt die sog. „Strukturkomponente“ (Stellenanhebungen, altersspezifische Merkmale) kaum eine Rolle, so daß die Differenz zwischen Tarifierhöhung (5 vH) und Personalkostenanstieg (6 vH) fast ausschließlich durch die Stellenausweitung bei Bund, Ländern und Gemeinden bestimmt wird. Nachdem von 1978 bis 1980 im Jahresdurchschnitt über 70 000 Voll- und Teilzeitstellen bei den Gebietskörperschaften, vor allem auf Länder- und Gemeindeebene, neu geschaffen worden sind, werden es in diesem Jahr nur halb so viele sein.

Der Zuwachs der laufenden Sachausgaben (knapp 8 vH) ist in erster Linie auf die vermehrten Beschaffungen im militärischen Bereich zurückzuführen. Die verstärkte kassenmäßige Abwicklung im ersten Halbjahr hat bei den militärischen Beschaffungen zu

einem Anstieg um 30 vH geführt; auch wenn die Zahlungen in der zweiten Jahreshälfte nahezu stagnieren werden, verbleibt auf Jahresbasis umgerechnet eine Steigerungsrate von 15 vH. Die zivilen Sachausgaben der Gebietskörperschaften werden um 5 vH zunehmen.

Verschlechterte Kapitalmarktbedingungen sowie die beschäftigungsstützende Inkaufnahme höherer Finanzierungslücken in den letzten Jahren haben zu einem abermals kräftigen Anstieg der Zinsbelastung geführt: Während 1975 die Zinslastquote — bezogen auf die Gesamtausgaben der Gebietskörperschaften — lediglich 4 vH betrug, werden es 1981 bereits 7 vH sein. Im Durchschnitt dieser Jahre sind die Zinsausgaben um 16 vH gestiegen (Gesamtausgaben: knapp 7 vH); 1981 dürfte die Zuwachsrate über 20 vH betragen.

Die Entwicklung der laufenden Transferausgaben (10 vH) wird bestimmt von den unmittelbaren Renten- und Unterstützungsleistungen sowie den Zuschüssen zur Sozialversicherung. Während die Bundeszuschüsse an die Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung um 3,5 Mrd. DM zurückgehen — die Beitragssätze zur Rentenversicherung sind vorübergehend um einen halben Prozentpunkt auf 18,5 vH erhöht worden —, sind die Leistungen an die Bundesanstalt für Arbeit infolge der schlechten Arbeitsmarktlage in die Höhe geschneit: Bereits zur Jahresmitte waren über zwei Drittel der für 1981 veranschlagten Mittel abgeflossen; im ganzen Jahr dürfte der Ansatz von 8 Mrd. DM noch um 1 Mrd. DM überschritten werden. Die Kosten der Arbeitslosenhilfe — sie werden seit Beginn dieses Jahres vom Bund getragen — schlagen mit knapp 3 Mrd. DM zu Buche, die Ausgaben für den Mutterschutz belaufen sich inzwischen auf 1,3 Mrd. DM pro Jahr. Die Neuregelung der Kindergeldleistungen vom 1. 2. 1981 an (Erhöhung des Kindergeldes für Zweitkinder um 20 DM, für dritte und weitere Kinder um 40 DM monatlich) führt zu Mehrausgaben von 1,8 Mrd. DM; insgesamt erreichen diese Zahlungen eine Größenordnung von 19 Mrd. DM. Die schwache Zunahme im Bereich der Kriegsoferversorgung und -fürsorge (2 vH bei einem Gesamtvolumen von 12,7 Mrd. DM) ist auf die rückläufige Zahl der Anspruchsberechtigten zurückzuführen; die Kriegsofferrenten wurden 1981 wie die Altersrenten um 4 vH angehoben. Die laufenden Zuschüsse an Unternehmen — insbesondere die Deutsche Bundesbahn — werden nur geringfügig steigen, unter Einschluß der Investitionshilfen sogar stagnieren.

Die Gebietskörperschaften können ihr Ziel, den Ausgabenanstieg bereits 1981 kräftig zu drosseln, bei weitem nicht einhalten. Aufgrund der oben beschriebenen Sonderfaktoren werden die Ausgaben

⁵ Finanzbericht 1982, S. 104.

Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften¹⁾

	Bund			Länder			Gemeinden			Insgesamt		
	Ist		Schätzung	Ist		Schätzung	Ist		Schätzung	Ist		Schätzung
	1980	1981	1982	1980	1981	1982	1980	1981	1982	1980	1981	1982
	in Mrd. DM											
Einnahmen	189,5	197,5	213,7	182,6	185,8	194,7	125,0	126,7	131,3	419,5	431,2	459,6
Steuern u.ä.	177,5	183,1	192,3	129,9	131,5	138,5	47,5	46,5	48,3	354,9	361,1	379,1
Einnahmen von Gebietskörpersch. ²⁾	1,3	1,4	1,4	33,5	33,9	34,5	42,8	43,5	44,2	-	-	-
Sonstige Einnahmen	10,7	13,0	20,0	19,2	20,4	21,7	34,7	36,7	38,8	64,6	70,1	80,5
Ausgaben	217,1	233,5	240,7	204,9	214,4	221,9	130,1	135,0	138,3	474,5	504,1	520,8
Personalausgaben	32,1	33,7	34,9	83,6	88,7	92,2	33,6	35,5	37,0	149,2	157,9	164,1
Laufender Sachaufwand	30,1	33,0	35,5	19,0	19,9	20,6	21,1	22,5	23,3	70,1	75,4	79,4
Zinsausgaben	14,0	17,2	21,0	8,9	11,1	13,9	6,3	7,0	7,8	28,8	34,9	42,2
Lfd. Zuweisungen u. Zuschüsse ²⁾	106,2	116,8	115,8	51,2	53,6	55,4	24,7	26,5	28,4	129,6	142,4	143,6
an Gebietskörperschaften	21,8	22,3	22,7	28,3	29,7	30,7	2,4	2,5	2,6	-	-	-
Sozialversicherung	37,9	43,0	42,0	0,3	0,3	0,3	0,1	0,1	0,1	38,3	43,4	42,4
LAF, ERP, Zweckverbände	1,1	1,1	1,2	0,7	0,7	0,7	1,8	1,9	1,9	3,6	3,7	3,8
Renten, Unterstützungen	27,2	31,3	30,5	9,6	10,1	10,5	15,5	16,7	18,2	52,3	58,1	59,2
Unternehmen	14,0	14,5	14,5	4,8	5,0	5,1	1,6	1,7	1,8	20,4	21,2	21,4
Soziale Einrichtungen u.ä.	0,7	0,7	0,7	5,7	6,0	6,3	3,3	3,6	3,8	9,7	10,3	10,8
Ausland	3,6	3,9	4,2	1,7	1,8	1,8	-	-	-	5,3	5,7	6,0
Sachinvestitionen	8,2	7,5	7,1	9,9	9,4	8,7	40,4	39,3	37,5	58,5	56,2	53,3
Vermögensübertragungen	19,7	18,3	19,2	26,1	25,5	25,0	2,6	2,7	2,8	26,5	25,6	26,4
dar. an Gebietskörpersch.	8,1	7,6	7,7	13,6	12,8	12,5	0,4	0,4	0,4	-	-	-
Sonst. vermögenswirksame Ausgaben	6,8	7,0	7,2	6,3	6,2	6,1	1,5	1,5	1,5	11,7	11,7	11,8
dar. an Gebietskörpersch.	1,7	1,7	1,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	-	-	-
Finanzierungssaldo	-27,6	-36,0	-27,0	-22,3	-28,6	-27,2	-5,1	-8,3	-7,1	-55,0	-72,9	-61,3
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in vH											
Einnahmen	6,0	4,2	8,2	4,9	1,8	4,8	12,0	1,4	3,6	6,6	2,8	6,6
Ausgaben	6,1	7,6	3,1	8,6	4,6	3,5	12,0	3,8	2,5	8,4	6,2	3,3
Personalausgaben	6,5	5,0	3,6	8,1	6,1	3,9	8,1	5,7	4,2	7,7	5,8	3,9
Laufender Sachaufwand	6,0	9,6	7,6	4,7	4,7	3,5	9,6	6,6	3,6	7,3	7,6	5,3
Zinsausgaben	24,1	22,9	22,1	12,8	24,7	25,2	15,5	11,1	11,4	17,7	21,2	20,9
Lfd. Zuweisungen u. Zuschüsse	7,4	10,0	-0,9	7,3	4,7	3,4	11,8	7,3	7,2	8,0	9,9	0,8
an Gebietskörperschaften	8,0	2,3	1,8	10,8	4,9	3,4	9,0	4,2	4,0	-	-	-
Sozialversicherung	12,4	13,4	-2,3	0,0	0,0	0,0	-	-	-	12,3	13,3	-2,3
Renten, Unterstützungen	1,6	15,1	-2,6	11,3	5,2	4,0	9,9	7,7	9,0	5,2	11,1	1,9
Sachinvestitionen	3,0	-8,5	-5,3	12,8	-5,1	-7,5	15,9	-2,7	-4,6	13,3	-3,9	-5,2
Vermögensübertragungen	-5,4	-7,1	4,9	9,0	-2,3	-2,0	13,8	3,8	3,7	3,1	-3,4	3,1
dar. an Gebietskörpersch.	-3,6	-6,2	1,3	8,2	-5,9	-2,4	0,0	0,0	0,0	-	-	-
Sonst. vermögenswirksame Ausgaben	-5,3	2,9	2,9	12,0	-1,6	-1,6	15,5	0,0	0,0	1,7	0,0	0,9

1) Ohne LAF, ERP, Zweckverbände.- 2) Ergänzungszuweisungen brutto.-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

von Bund, Ländern und Gemeinden nicht wie geplant um 4 vH, sondern um über 6 vH zunehmen. Allerdings resultiert diese Entwicklung ausschließlich aus der Expansion der laufenden Ausgaben (knapp 9 vH).

Wie schon vor Jahresfrist befürchtet, hat sich der finanzpolitische Wille zum Sparen mit voller Wucht im investiven Bereich niedergeschlagen. Bereits im ersten Halbjahr lagen die Ausgaben für Ausrüstungen und Bauten um 2 vH unter dem entsprechenden Vorjahreswert, obgleich in dieser Phase bereits fertiggestellte Projekte noch kassenmäßig abgewickelt wurden. Ein Blick auf die Auftragseingangsstatistik des Bauhauptgewerbes zeigt, daß der Einbruch in der staatlichen Investitionstätigkeit sehr viel gravierender ist, als dies in der Entwicklung der Kassenausgaben zum Ausdruck kommt: Seit dem Frühjahr 1980 sind die öffentlichen Bauaufträge schon rückläufig, vor allem aber in diesem Jahr muß die Bauwirtschaft ein erhebliches Auftragsloch hinnehmen; in nomineller Rechnung liegen bisher die staatlichen Bauaufträge um über 20 vH unter dem Niveau des Vorjahres. Alles in allem werden die kassenmäßigen Investitionsausgaben 1981 das Vorjahrsvolumen um 4 vH unterschreiten. In realer Rechnung bedeutet dies — in der Bauwirtschaft hat sich der Spielraum für Preiserhöhungen merklich verringert — einen Rückgang um über 8 vH.

Ausgabenschätzung 1982

In den vergangenen Wochen und Monaten versuchten die finanzpolitischen Entscheidungsträger laufend, ihre Haushaltsplanungen für 1982 an die krisenhafte Wirtschaftsentwicklung anzupassen. Zu diesem Wettlauf zwischen nach unten revidierten Steuerschätzungen und Ausgabekürzungen kam es, weil sich die Bundesregierung auf eine viel zu rasche Konsolidierung festlegen ließ, die gesamtwirtschaftlichen Perspektiven zu günstig eingeschätzt worden waren und man nicht mehr bereit war, konjunkturbedingte Finanzierungslücken hinzunehmen. Die wechselseitigen Beziehungen zwischen finanzpolitischen Entscheidungen und Konjunkturverlauf lassen es fraglich erscheinen, ob die nunmehr angepeilten Eckwerte für die öffentlichen Haushalte und für das Wirtschaftswachstum realisierbar sind. Andererseits ist nicht auszuschließen, daß die Bundesregierung unter dem Druck der katastrophalen Arbeitsmarktlage doch noch zum Gegensteuern, etwa zur Stützung der Bauwirtschaft, gezwungen wird.

Die hier vorgelegte Ausgabenschätzung basiert auf der grundlegenden Annahme, daß die Finanzpolitik an dem Kurs festhält, wie er in den Beschlüssen der Bundesregierung vom September und Oktober 1981 zum Ausdruck kommt. Zwar beziehen sich die Absichtserklärungen nur auf den Bundeshaushalt, doch bestimmen die Konsolidierungsbestrebungen auch das Verhalten von Ländern und Gemeinden.

Bei der skizzierten Einnahmenentwicklung läßt dies für die Haushalte der Gebietskörperschaften vermutlich nur Mehrausgaben in Höhe von 3,5 vH zu. Schwerpunkte der Ausgabeneinsparungen sind die Arbeitsförderung und die öffentlichen Investitionen, das Kindergeld und die Personalkosten.

Im Bereich der Arbeitsförderung sollen vor allem Leistungen für Nicht-Beitragszahler der Arbeitslosenversicherung eingeschränkt werden (Fortfall des Unterhaltsgeldes bei Teilnahme an beruflichen Bildungsmaßnahmen, Gewährung der Arbeitslosenhilfe nur noch für Arbeitslose, die vorher Arbeitslosengeld bezogen haben); darüber hinaus sollen Einsparungen durch die Verlängerung der Anwartschaftszeit und Sperrzeit bei Arbeitsaufgabe oder Nichtannahme einer zumutbaren Arbeit sowie einer Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien erzielt werden. Auch soll der öffentliche Dienst nur noch in Ausnahmefällen als Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen fungieren. Durch die Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 3 auf 4 vH verringert sich der Bundeszuschuß um knapp 6 Mrd. DM. Die geplante Kürzung des Kindergeldes entlastet die öffentlichen Haushalte um 1,5 Mrd. DM. Auch wenn man die Mehrbelastungen infolge der Rentenerhöhungen (Kriegsopferversorgung, Zuschüsse an die Rentenversicherung) oder der kommunalen Sozialhilfe, durch die ein Teil der Einschränkungen in der Arbeitsförderung aufgefangen wird, berücksichtigt, werden die laufenden Transferausgaben der Gebietskörperschaften 1982 kaum noch steigen.

Es muß offen bleiben, ob sich die Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst stärker als bisher vom gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt abkoppeln lassen, d. h., ob die Maßnahmen (Kürzung der Bezüge um 1 vH des Anfangsgrundgehalts und des Ortszuschlags Stufe I, Verschiebung der Besoldungsanpassung, stufenweiser Abbau von Doppelversorgungsregelungen sowie des örtlichen Sonderzuschlags für Berlin) im gewünschten Umfang realisiert werden können. Wenig wahrscheinlich ist indes, daß lohnpolitische Zurückhaltung von den öffentlichen Arbeitgebern mit der Schaffung zusätzlicher Stellen „honoriert“ wird, zumal der Bund die Streichung von 1 vH aller Stellen (ohne Soldaten) plant. Dennoch dürfte es kaum gelingen, den Personalkostenanstieg merklich unter die Marge von 4 vH zu drücken.

Wenn die laufenden Sachaufwendungen überdurchschnittlich stark zunehmen (5,3 vH), so liegt dies an den geplanten Beschaffungen im militärischen Bereich. Die Ausgaben hierfür werden mindestens um 8 vH zunehmen, die zivilen Sachaufwendungen dürften um 3,5 vH steigen.

Mit einem kräftigen Rückgang ist bei den Investitionsausgaben zu rechnen. Auch wenn nur spärliche

Informationen über die kommunalen Investitionspläne vorliegen — die Kommunen sind Hauptinvestor der öffentlichen Hand —, lassen die Entwicklung der Auftragsvergaben ebenso wie die geplante Kürzung der Investitionszuschüsse von Bund und Ländern eine noch stärkere Ausgabenreduktion als in diesem Jahr befürchten. In dem prognostizierten Rückgang um 5 vH ist noch nicht das Risiko einkalkuliert, daß man mögliche weitere konjunkturbedingte Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen im Zweifel durch weitere Abstriche bei den Investitionen aufzufangen versucht.

Finanzpolitische Überlegungen

Die hier vorgelegte Schätzung der Einnahmen und Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden zeigt, daß auch eine seit der Jahresmitte gedrosselte Ausgabentätigkeit ein weiteres Ansteigen der Defizite nicht verhindern kann. Die gesamte Deckungslücke wird zwar in diesem Jahr mit 73 Mrd. DM eine neue Rekordhöhe erreichen, ihr Anteil am Brutto-sozialprodukt bleibt aber mit 4,7 vH hinter dem von 1975 (6,3 vH) zurück. Die für 1982 prognostizierte Verringerung der Deckungslücke um über 11 Mrd. DM entspricht fast den Mehreinnahmen aus der Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank.

Die anvisierten Ziele der Finanzpolitik stehen in krassem Gegensatz zu den konjunktur- und beschäftigungspolitischen Erfordernissen. Obwohl ein Aufschwung von Produktion und Beschäftigung weiter in die Ferne gerückt ist, sind die finanzpolitischen Entscheidungsträger auch um den Preis weiter steigender Arbeitslosigkeit nicht bereit, konjunkturbedingte Mehrbelastungen hinzunehmen.

Bei einer kritischen Würdigung der finanzpolitischen Aktivitäten in den letzten Wochen und Monaten darf freilich nicht übersehen werden, daß die Diskussion um Haushaltsumschichtungen einige positive Ergebnisse beschert hat. Es wurde wohl von niemandem bezweifelt, daß ausgewogene Umschichtungen notwendig und vor allem dann zu begrüßen sind, wenn die eingesparten Mittel „produktiveren“ Verwendungszwecken zugeführt werden. Zu nennen sind etwa die geplanten Einschränkungen der Förderung der Luftfahrt und Luftfahrttechnik, die Verringerung der Zuschüsse im Steinkohlenbergbau, die Streckung der Rohölbevorratung oder die Streichung der steuerfreien Rücklagen für den Kapital-export in Entwicklungsländer. Auch Einsparungen im Bereich der Landwirtschaft und im öffentlichen Dienst gehören hierzu. Freilich sind noch längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, staatliche Leistungen zu kürzen, die auf inzwischen überholten Voraussetzungen und ungerechtfertigten Privilegien beruhen.

Hinnehmen kann man auch die Entscheidung, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung anzuheben und die Mißbräuche bei der vorzeitigen Verrentung von älteren Arbeitnehmern („59er Regelung“) oder beim Kurzarbeitergeld zu beseitigen. Wenig verständlich aber ist, daß ein gewichtiger Teil der Aktivitäten auf eine bedeutsame Einschränkung der beruflichen Bildung und Rehabilitation sowie der Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hinausläuft — und dies in einer äußerst schwierigen Arbeitsmarktlage. Aus verteilungspolitischer Sicht stellt sich die Frage, ob nicht einseitig ohnedies schon benachteiligte Gruppen — in der Regel ist Arbeitslosigkeit nicht individuell verursacht — belastet worden sind.

Angesichts der krisenhaften Zuspitzung bei Produktion und Beschäftigung sind die globalen wachstumsfördernden Maßnahmen (Verbesserung der degressiven Abschreibung und des Verlustrücktrages) ebenso wie die speziellen beschäftigungspolitischen Aktivitäten (Hilfen für die Stahlindustrie, Maßnahmen im Baubereich und zur Energieeinsparung, Förderung der Mikroelektronik) äußerst bescheiden ausgefallen. Sie haben allenfalls eine Alibi-Funktion. Indirekt wirkende Maßnahmen wie die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen lassen in erheblichem Maße Mitnahmeeffekte erwarten und lösen für sich gesehen kaum stimulierende Wirkungen auf Produktion und Beschäftigung aus. Vor allem fehlt es an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage, zudem werden mögliche Effekte durch das anhaltend hohe Zinsniveau im Keim erstickt — im Wohnungsbau ist die Dominanz des Zinseinflusses offenkundig. Wegen der wechselseitigen Beziehungen zwischen Nachfrage- und Angebotsstruktur reichen zumindest in Phasen unterausgelasteter Kapazitäten Maßnahmen zur Verbesserung der Angebotsbedingungen nicht aus. Hoffnungen darauf, daß sich in dieser Situation das Angebot seine Nachfrage selbst schafft, stehen auf tönernen Füßen. Schon die restriktiven Wirkungen, die von der Finanzpolitik ausgehen, widersprechen — bei realistischer Einschätzung — solchen Hoffnungen.

Gesamtwirtschaftlich vonnöten wäre das Gegenteil der gegenwärtigen Sparmaßnahmen, nämlich eine längerfristig konzipierte Wachstumsoffensive des Staates, und dies auch mittels einer mächtigen Aufstockung der öffentlichen Investitionen. Auf kurze Frist ausgelegte Konjunkturprogramme sind nicht geeignet, die Probleme zu lösen. Eine Belebungs-politik verspricht nur dann Erfolg, wenn es gelingt, die Erwartungsbildung auf längere Sicht zu stabilisieren, zumal erst im Zuge eines dauerhaften Aufschwungs der Zusammenhang zwischen Produktion und arbeitsplatzvermehrender Investitionstätigkeit enger wird. Dann würde auch das Argument ent-

kräftet, finanzpolitische Aktivitäten würden nur Strohfeuer entfachen.

Das DIW hat vor kurzem Simulationsergebnisse mit der DIW-Version des ökonometrischen Konjunkturmodells der Forschungsinstitute vorgelegt, aus denen die negativen Folgen einer restriktiven Finanzpolitik auf Wachstum und Beschäftigung deutlich wurden⁶. Inzwischen hat die Bundesregierung ihren Willen zum Sparen mit den Beschlüssen vom September und Oktober konkretisiert. Aktualisierte Rechnungen auf Basis der Ergebnisse der Gemeinschaftsdiagnose der Forschungsinstitute vom Herbst 1981 bestätigen die negativen Folgen einer solchen Politik.

Diesen Ergebnissen wurde eine Alternativ-Simulation gegenübergestellt, die einen potentialorientierten Kurs der Finanzpolitik beinhaltet. Bei einem solchen Kurs wären 1982 Mehrausgaben in Höhe von 15 Mrd. DM erforderlich; sie werden im Modell vor allem zur Aufstockung der Investitionen verwendet. Dieser potentialorientierte Kurs könnte zwar nicht verhindern, daß sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verschlechtert, die Zahl der Arbeitslosen würde aber immerhin um 110 000 Personen geringer ausfallen als unter Status-quo-Bedingungen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß in der gegenwärtigen Konjunkturlage diese öffentliche Mehrnachfrage nicht voll auf den Arbeitsmarkt durchschlagen würde, sondern unter anderem über den Abbau von Kurzarbeit auch zu höheren Produktivitätsfortschritten je Beschäftigten führte. Ungefähr die Hälfte der Mehrausgaben erhielte der Staat über die expansiven Wirkungen als zusätzliche Einnahmen zurück. Das Finanzierungsdefizit wäre um etwa 8 Mrd. DM höher als in der Status-quo-Variante, doch würde dem ein Wachstumsgewinn von gut 1 vH gegenüberstehen. Darüber hinaus würden auch nach 1982 noch Wachstums- und Beschäftigungsgewinne erzielt werden.

Die einseitige Fixierung auf den Defizitabbau ist inzwischen zur Handlungsmaxime geworden. Unbestritten ist, daß die Schuldenquote der öffentlichen Haushalte auf längere Sicht nicht ständig steigen

kann; in einer krisenhaften Situation darf ein Anstieg freilich nicht tabu sein. Das erreichte Verschuldungsniveau läßt sich wirtschafts- und finanzpolitisch durchaus bewältigen⁷. Dringend erforderlich ist eine sachlichere Auseinandersetzung mit diesem Themenkomplex, indem der instrumentale Charakter der Staatsverschuldung im gesamtwirtschaftlichen Kreislaufzusammenhang stärker zum Ausdruck kommt und die Höhe der Staatsverschuldung nicht zu einem eigenständigen, zudem dominanten wirtschaftspolitischen Ziel deklariert wird. Seit der Krise von 1974/75, in deren Gefolge die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in die Höhe geschossen ist, wurde immer wieder vor möglichen Verdrängungswirkungen der Verschuldung gewarnt. Tatsächlich aber war eher das Gegenteil der Fall, und auch das Zinsniveau der Gegenwart ist nicht Ausdruck überhöhter staatlicher Kreditnachfrage, sondern Folge ausländischer Einflüsse und auch der Bundesbankpolitik. Die gesamtwirtschaftliche Konstellation von heute ist gerade dazu prädestiniert, daß die Rollenverteilung von Geld- und Finanzpolitik neu überdacht und die Finanzpolitik stärker auf das Beschäftigungsziel ausgerichtet wird.

Eindeutige Lösungen im Konflikt zwischen Beschäftigung und Begrenzung der Staatsverschuldung bieten sich nicht an, die einseitige Fixierung auf die Staatsverschuldung schafft indes mehr Probleme als Lösungen. Noch sind die Arbeitslosen eine schweigende Minderheit. Ihre Zahl nimmt zu, die Hoffnung auf Wiederbeschäftigung ab. Massenarbeitslosigkeit aber wird letztlich das Wirtschaftssystem mehr in Frage stellen als die anderen Fehlentwicklungen, über die gegenwärtig viel heftiger diskutiert wird. Deshalb sollten im politischen Raum die Prioritäten richtig gesetzt werden.

⁶ Vgl. Finanzpolitische Überreaktionen gefährden Wachstum und Beschäftigung. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 30/1981.

⁷ Vgl. Staatsverschuldung, Inflation und Wachstumsschwäche. Bearb.: Reinhard Pohl. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 27/81, S. 305 ff.

Inlandsnachfrage sinkt weiter

Ergebnisse der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das dritte Quartal 1981

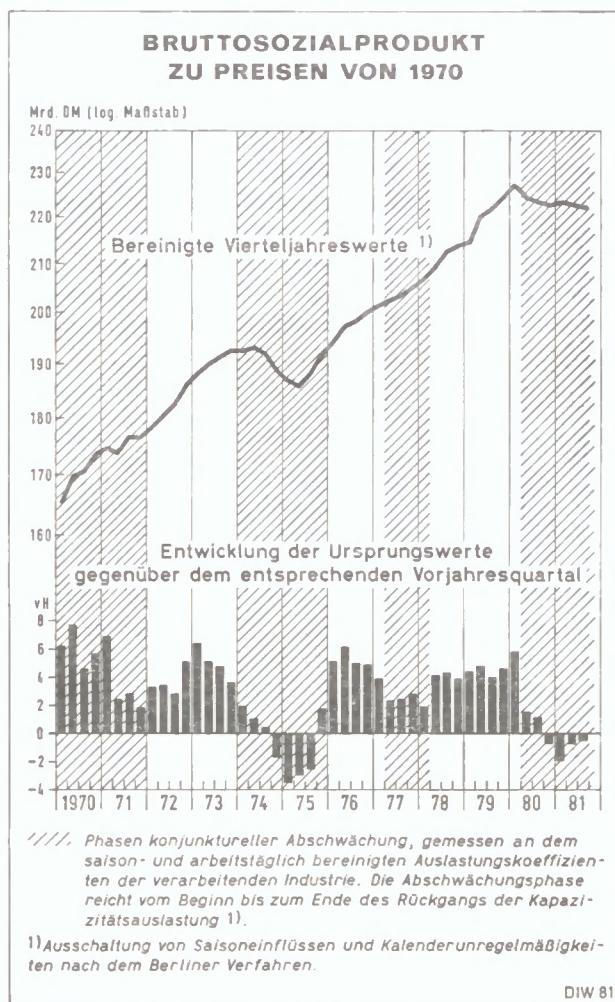
Im dritten Viertel dieses Jahres war die Divergenz zwischen der Entwicklung der Nachfrage aus dem Inland und dem Ausland noch größer als im Vorquartal. Während die reale Güterverwendung im Inland, saison- und arbeitstäglich bereinigt, abermals (um 1,5 vH) zurückging, stieg der Export weiterhin beträchtlich. Dabei stagnierte das reale Bruttosozialprodukt bei nur wenig veränderter Einfuhr auf dem Niveau des Vorquartals. Nur wegen der Exporterfolge der Industrie ist es also zu keinem erneuten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion gekommen. Eine so ausgeprägte Schwäche der Inlandsnachfrage wie gegenwärtig hatte es zuletzt 1974 gegeben. Den Vorjahresstand unterschritt das Bruttosozialprodukt um 0,5 vH, die Güterverwendung im Inland dagegen bereits um 3,5 vH.

Der Rückgang der Inlandsnachfrage bei der Industrie — vor allem nach Investitionsgütern — hat sich

seit Frühjahr deutlich verstärkt und nun auch zu einer spürbaren Einschränkung der Produktion geführt. Von Saison- und Kalendereinflüssen bereinigt, ging die Produktion im verarbeitenden Gewerbe um etwa 1,5 vH, beim Investitionsgütergewerbe sogar um 3 vH zurück. Allerdings scheint bei der Automobilindustrie die Talsohle nun erreicht oder sogar durchschritten zu sein. Die reale Wertschöpfung im Baugewerbe — sie hatte im Vorquartal wegen des Aufholens vorangegangener witterungsbedingter Produktionsausfälle relativ stark zugenommen — ging wieder merklich zurück, die des Bauhauptgewerbes stärker als die des Ausbaugewerbes. Da die Produktion in den Bereichen Bergbau, Elektrizitäts- und Wassererzeugung leicht expandierte, belief sich der Rückgang für das gesamte warenproduzierende Gewerbe auf etwa 1 vH. Wieder stärker gestiegen ist dagegen die Leistung im tertiären Bereich, weil der Einzelhandel im Vergleich zum Vorquartal eine etwas positivere Entwicklung aufwies.

Begleitet wurde der schwache Verlauf der Produktion von anhaltend starkem Preisauftrieb, vor allem Folge des weiterhin kräftigen direkten und indirekten Imports von Preissteigerungen. Da sich die Exporte insgesamt nur etwa halb so rasch verteuerten wie die Importe, verschlechterten sich die Terms of Trade spürbar; der Deflationierungsfaktor (Preisindex des Bruttosozialprodukts) stieg wenig. Das Vorjahresniveau überschritt er um rund 3,5 vH. Die Preise der inländischen Güterverwendung waren dagegen bereits um 6 vH höher als ein Jahr zuvor.

Bis Anfang dieses Jahres waren bei den realen *Ausrüstungsinvestitionen* kaum rezessive Tendenzen zu erkennen gewesen. Der Zwang zu Kosteneinsparungen, vor allem im Energiebereich, und Impulse aus dem Exportgeschäft haben verhindert, daß es hier schon früher zu einem Einbruch kam. Dem dann im Frühjahr zu verzeichnenden spürbaren Rückgang der Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern sind bald auch die Umsätze gefolgt, die als Indikator für die Entwicklung der Investitionstätigkeit herangezogen werden. Der Nachfragerückgang betraf zunächst vor allem den Maschinenbau, zuletzt auch die Elektrotechnik. Das von Kalender- und Saisoneinflüssen bereinigte Investitionsvolumen sank im Berichtsquartal wieder spürbar und lag nun nur noch auf dem Niveau vom Frühjahr 1979. Der Preisauftrieb hat sich zuletzt wieder verschärft; insbesondere importierte Investitionsgüter verteuerten sich stärker als zuvor.



Index der Nettoproduktion für das verarbeitende Gewerbe*)
kalendermonatlich

	1979	1980	1979				1980				1981		
			I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
1976 = 100													
Grundstoff- und Produktionsgüter	111,6	107,9	104,2	115,1	113,5	113,7	112,7	111,2	104,7	102,9	103,1	105,3	103,7
Investitionsgüter	108,9	111,6	105,3	109,1	101,5	119,6	112,6	111,1	104,9	117,7	109,0	112,5	104,4
Verbrauchsgüter	106,3	105,3	105,2	105,1	101,4	113,3	110,1	103,3	100,0	107,9	101,9	97,7	94,7
Nahrungs- und Genußmittel	104,0	106,3	99,0	102,8	103,1	111,1	103,1	103,8	105,4	112,6	105,2	105,8	107,4
Verarbeitendes Gewerbe	108,6	108,8	104,2	109,3	104,9	115,9	111,0	108,9	104,1	111,4	105,7	107,2	103,0
in vH gegenüber Vorjahr													
Grundstoff- und Produktionsgüter	8,0	-3,3	6,1	8,4	9,2	8,2	8,2	-3,4	-7,7	-9,5	-8,5	-5,3	-0,9
Investitionsgüter	4,6	2,5	4,5	4,5	3,4	5,9	7,0	1,8	3,3	-1,6	-3,2	1,2	-0,5
Verbrauchsgüter	3,4	-0,9	3,6	3,0	4,2	2,6	4,7	-1,7	-1,4	-4,8	-7,4	-5,4	-5,3
Nahrungs- und Genußmittel	2,2	2,1	3,3	1,2	2,1	2,2	4,1	1,0	2,2	1,4	2,0	2,0	1,9
Verarbeitendes Gewerbe	5,0	0,3	4,6	5,0	5,0	5,5	6,6	-0,4	-0,8	-3,9	-4,8	-1,6	-1,1

*) Ursprungswerte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 4, Reihe 2,1

Die realen *Bauinvestitionen* gingen im Berichtszeitraum erneut zurück. Vor allem das Bauhauptgewerbe schränkte — nach dem durch Sonderfaktoren bewirkten kräftigen Anstieg im Vorquartal — seine Produktion ein. Entsprechend der Auftragslage war der Rückgang im Tiefbau und damit im öffentlichen Bau am größten. Auch im Wirtschaftsbaubau kam es nun aber zu einer merklichen Abschwächung. Beim Wohnungsbau wirken sich die hohen Finanzierungskosten mehr und mehr dämpfend aus; vor allem der Eigenheimbau wurde deshalb stark reduziert. Das Ausbaugewerbe profitierte dagegen von den im Vorquartal vermehrten Fertigstellungen. Nur deshalb fiel der Rückgang der gesamten realen Bauinvestitionen (saisonbereinigt — 1,5 vH) nicht stärker aus. Der Preiserhöhungsspielraum bei Bauten blieb wegen der sich weiter verschlechternden Auftragslage eng; das Vorjahresniveau wurde nur noch um etwa 4 vH überschritten.

Dem, gemessen an der Absatzlage und den Finanzierungskosten, hohen *Lagerdruck* versuchen die Unternehmen seit Anfang 1980 durch eine Verringerung ihrer Lagerinvestitionen zu begegnen. Dabei wurde zunächst die Zunahme der Fertigwarenbestände gedämpft. Im Berichtsvierteljahr kam es nun — erstmals seit Mitte 1975 — sogar zu einem nennenswerten Abbau des Lagerbestandes. Die reale, von Saisoneinflüssen und Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte, Lagerquote sank auf das Niveau von Anfang 1980, dem Beginn der derzeitigen konjunkturellen Abschwächungsphase.

Der reale *private Verbrauch* ist im Berichtszeitraum geringfügig gestiegen. Dabei wurde zwar das — allerdings schon stark gedrückte — reale Niveau

des ersten Jahresviertels wieder erreicht, der Vorjahresstand aber um fast 2 vH unterschritten. Der verstärkte Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe führte dazu, daß der Spielraum für eine Ausweitung der realen privaten Käufe eng begrenzt blieb. Insbesondere die hohen Energiepreise belasteten das Budget der privaten Haushalte abermals stark. Vor allem waren davon Käufe von Hausrat, Wohnbedarf, Bekleidung und Schuhen betroffen, während Elektrogeräte, optische Erzeugnisse und Autos eher wieder vermehrt gekauft wurden. Auch nach der Änderung der Wechselkurstendenz der D-Mark Mitte August stiegen die Preise für Heizöl und Kraftstoffe zunächst weiter kräftig und lagen im September um mehr als ein Drittel über dem vorjährigen Stand. Zudem verteuerten sich Obst und Gemüse zuletzt wieder erheblich, ebenso Fleisch und Wurstwaren.

Seit einem Jahr ist die Wirtschaft der Bundesrepublik von der dynamischen Entwicklung der *Ausfuhr* geprägt. Die Schwäche der D-Mark und die im Vergleich zum Ausland geringen Preissteigerungen stimulierten trotz weltweiter Konjunkturflaute die Warenausfuhr auch im Berichtsquartal. Besonders ausgeweitet wurden die Lieferungen in die EG-Mitgliedsländer, die USA, in die OPEC-, aber auch in die übrigen Entwicklungsländer; in die Staatshandelsländer gingen sie hingegen zurück.

Sehr ausgeprägt war der Rückgang der *Importe* von Waren. Sicher hat dazu beigetragen, daß sich Mitte August Aufwertungserwartungen für die D-Mark durchsetzten und deshalb Käufe im Ausland aufgeschoben wurden. Eingeschränkt wurden vor allem die Bezüge von Rohstoffen und Gütern der Ernährungswirtschaft.

Ursprungswerte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1979	1980	1979			1980				1981		
			II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts												
Zu Preisen von 1970												
Arbeitsvolum. (Mill. Std.)	45708	45727	11334	11274	11689	11619	11206	11325	11577	11158	10983	11068
Beschaeft. (1000 Pers.)	21954	22242	21804	22073	22225	22118	22172	22331	22347	22106	22026	22069
Produktivitaet (DM)	19,21	19,58	19,19	19,89	19,82	18,74	19,66	20,05	19,87	19,16	20,02	20,50
Bruttoinlandspr. (Mrd. DM)	878,3	895,1	217,6	224,2	231,7	217,7	220,3	227,1	230,0	213,7	219,8	226,9
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)												
Bruttoeink. a. uns. Arb.	769,4	830,0	192,5	188,8	214,6	188,5	208,3	204,0	229,2	198,9	218,9	212,5
Bruttolohn-u.-geh. summe	625,8	675,5	153,8	154,2	176,6	153,6	166,6	166,8	188,5	161,4	174,5	173,1
Nettolohn-u.-geh. summe	443,9	472,2	109,2	108,6	123,0	110,6	116,0	115,7	129,9	115,3	121,1	118,8
Bruttoeink. a. Unt. u. Verm.	315,5	319,8	72,1	86,8	86,6	76,4	72,5	90,6	80,3	68,5	69,2	88,0
Ind. Steuern abz. Subv.	155,0	166,3	37,6	40,3	41,6	39,8	40,3	40,4	45,8	41,0	42,4	41,3
Abschreibungen	158,3	175,9	39,1	40,1	41,0	42,5	43,6	44,5	45,4	46,6	47,5	48,4
Bruttosozialprodukt	1398,2	1491,9	341,3	355,9	383,8	347,1	364,6	379,5	400,7	355,0	377,9	390,1
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)												
Privater Verbrauch	766,4	821,6	191,5	189,3	208,6	193,7	200,9	204,7	222,4	201,4	211,1	213,8
Oeffentlicher Verbrauch	278,6	303,5	66,0	67,2	83,2	67,2	72,6	74,0	89,7	75,0	76,4	77,6
Bauten	190,7	218,8	50,3	51,9	56,9	43,2	57,1	58,6	60,0	41,6	60,3	59,9
Ausruestungen	123,7	132,2	30,3	30,4	36,6	29,1	32,2	32,4	38,5	30,3	32,7	32,3
Vorratsveraenderung	25,6	18,9	0,4	19,4	-6,2	12,9	2,2	15,8	-12,0	9,0	-3,6	10,1
Ausfuhr	383,0	430,6	93,3	96,6	103,3	107,2	106,9	105,3	111,2	113,2	118,2	124,6
dar.: Waren	307,3	343,2	76,8	74,7	83,4	87,0	85,6	81,3	89,4	89,7	95,5	96,5
Abzuegl. Einfuhr	369,7	433,7	90,4	99,0	98,5	106,2	107,2	111,2	109,1	115,5	117,2	128,1
dar.: Waren	277,9	327,6	68,2	70,2	77,0	82,3	82,2	78,2	85,0	87,4	87,3	88,0
Bruttosozialprodukt	1398,2	1491,9	341,3	355,9	383,8	347,1	364,6	379,5	400,7	355,0	377,9	390,1
Zu Preisen von 1970 (Mrd. DM)												
Privater Verbrauch	490,1	498,6	123,5	119,6	131,0	120,5	122,5	122,8	132,8	118,9	121,8	120,7
Oeffentlicher Verbrauch	152,6	156,5	37,7	37,3	41,1	37,6	38,7	38,7	41,5	39,7	39,0	38,8
Bauten	116,4	121,5	31,1	31,3	33,7	25,0	31,7	32,2	32,7	22,5	32,0	31,6
Ausruestungen	88,5	91,1	21,6	21,7	26,1	20,3	22,2	22,2	26,4	20,4	21,7	21,3
Vorratsveraenderung	17,4	12,1	0,2	13,9	-4,4	8,0	1,4	10,7	-8,0	5,7	-2,6	5,9
Ausfuhr	258,5	273,7	63,4	64,4	68,2	69,6	67,9	66,4	69,9	70,3	71,6	74,0
dar.: Waren	212,2	223,6	53,2	51,0	56,6	57,7	55,6	52,7	57,7	57,1	59,2	58,8
Abzuegl. Einfuhr	242,7	256,8	59,9	63,3	62,7	63,7	63,4	65,9	63,9	64,1	64,1	66,6
dar.: Waren	187,0	197,0	46,2	45,9	50,1	49,7	49,2	47,3	50,7	48,9	48,6	45,8
Bruttosozialprodukt	880,8	896,7	217,7	224,7	233,0	217,3	221,0	227,1	231,3	213,2	219,4	225,9
Preisentwicklung (1970=100)												
Privater Verbrauch	156,4	164,8	155,1	158,3	159,2	160,7	164,0	166,7	167,4	169,4	173,3	177,0
Bauten	163,8	180,1	161,5	166,1	168,7	173,0	179,9	182,1	183,6	185,0	188,3	189,6
Ausruestungen	139,8	145,2	139,8	140,3	140,4	143,1	145,3	145,9	146,0	148,5	150,7	152,0
Terms of Trade	97,4	93,2	97,4	96,0	96,4	92,4	93,1	93,9	93,2	89,5	90,4	87,6
Bruttosozialprodukt	158,7	166,4	156,8	158,4	164,7	159,7	165,0	167,1	173,2	166,5	172,2	172,7
Nachrichtlich: Lohnstueckkosten 2)	164,4	174,1	166,2	158,2	174,0	162,6	177,6	168,8	187,2	174,8	187,0	176,0

1) Die Abweichungen in den Summen sind durch die Rundung der Zahlen bedingt. - 2) Bruttoeinkommen aus unselbststaendiger Arbeit zu Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970; Index: 1970=100

Entwicklung der Ursprungswerte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1979	1980	1979			1980				1981		
			II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts												
Zu Preisen von 1970												
Arbeitsvolumen	0,7	0,0	-0,5	0,6	0,9	1,8	-1,1	0,5	-1,0	-4,0	-2,0	-2,3
Beschäftigte	1,9	1,3	1,8	1,9	1,9	1,9	1,7	1,2	0,6	-0,1	-0,7	-1,2
Produktivität	3,7	1,9	5,4	3,5	3,5	4,4	2,4	0,8	0,2	2,2	1,8	2,2
Bruttoinlandsprodukt	4,5	1,9	4,9	4,1	4,5	6,3	1,3	1,3	-0,7	-1,8	-0,2	-0,1
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen												
Bruttoeink. a. uns. Arb.	7,7	7,9	7,9	7,1	8,1	8,6	8,2	8,1	6,8	5,5	5,1	4,2
Bruttolohn-u.-geh.summe	7,5	7,9	7,5	7,1	8,2	8,8	8,3	8,2	6,7	5,1	4,7	3,8
Nettolohn-u.-geh.summe	7,9	6,4	7,7	7,3	9,2	7,2	6,3	6,5	5,6	4,3	4,3	2,7
Bruttoeink.a.Unt.u.Vern.	8,3	1,4	11,2	3,6	7,2	9,1	0,6	4,5	-7,3	-10,3	-4,6	-2,9
Ind. Steuern abz. Subv.	10,7	7,3	7,0	20,4	12,8	12,3	7,1	0,2	10,1	3,0	5,3	2,2
Abschreibungen	9,4	11,1	9,7	9,6	10,0	11,2	11,4	11,0	10,7	9,8	9,0	8,9
Bruttosozialprodukt	8,3	6,7	8,7	7,8	8,6	9,4	6,8	6,6	4,4	2,3	3,7	2,8
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen												
Privater Verbrauch	7,4	7,2	8,1	6,4	8,1	9,4	4,9	8,1	6,6	4,0	5,1	4,5
Öffentlicher Verbrauch	8,3	9,0	10,7	7,9	7,3	8,2	10,0	10,0	7,8	11,5	5,3	4,9
Bauten	17,2	14,8	18,6	20,0	21,6	36,6	13,5	12,9	5,5	-3,6	5,6	2,2
Ausrüstungen	12,1	6,8	12,2	11,8	10,8	9,9	6,4	6,5	5,2	4,0	1,5	-0,2
Vorratsveränderung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausfuhr	10,0	12,4	8,1	12,4	11,0	19,4	14,6	9,0	7,7	5,6	10,6	18,4
dar.: Waren	10,3	11,7	9,7	11,9	10,7	20,1	11,5	8,8	7,3	3,2	11,5	18,7
Abzuegl. Einfuhr	19,0	17,3	17,1	22,6	23,1	29,9	18,6	12,3	10,7	8,7	9,3	15,2
dar.: Waren	20,7	17,9	16,8	26,0	26,1	31,4	20,6	11,4	10,4	6,2	6,2	12,6
Bruttosozialprodukt	8,3	6,7	8,7	7,8	8,6	9,4	6,8	6,6	4,4	2,3	3,7	2,8
Zu Preisen von 1970												
Privater Verbrauch	3,3	1,7	4,6	1,8	3,0	3,9	-0,8	2,7	1,4	-1,4	-0,6	1,7
Öffentlicher Verbrauch	3,3	2,6	4,8	3,0	2,3	2,7	2,8	4,0	0,9	5,5	0,7	0,3
Bauten	7,6	4,4	8,7	9,7	10,9	22,7	1,9	3,0	-3,1	-9,9	0,9	-1,9
Ausrüstungen	9,5	2,9	9,6	9,3	8,0	6,3	2,4	2,5	1,2	0,3	-2,2	-4,2
Vorratsveränderung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausfuhr	5,8	5,9	4,2	7,2	5,4	11,4	7,1	3,1	2,4	1,0	5,5	11,4
dar.: Waren	6,5	5,4	6,1	7,3	5,6	12,1	4,4	3,2	2,1	-0,9	6,6	11,8
Abzuegl. Einfuhr	11,0	5,8	9,3	12,5	10,8	12,1	5,9	4,0	1,8	0,7	1,2	1,1
dar.: Waren	11,7	5,4	8,4	13,7	11,8	11,1	6,6	3,1	1,1	-1,7	-1,4	-3,2
Bruttosozialprodukt	4,4	1,8	4,8	4,0	4,6	5,8	1,5	1,1	-0,7	-1,9	-0,7	-0,5
Preisentwicklung (1970=100)												
Privater Verbrauch	3,9	5,4	3,3	4,5	5,0	5,3	5,8	5,3	5,2	5,5	5,7	6,2
Bauten	9,0	10,0	9,2	9,4	9,6	11,3	11,4	9,6	8,9	6,9	4,7	4,1
Ausrüstungen	2,4	3,8	2,3	2,3	2,6	3,5	3,9	4,0	4,0	3,7	3,7	4,2
Terms of Trade	-2,8	-4,4	-3,2	-3,8	-5,2	-7,5	-4,5	-2,2	-3,3	-3,1	-2,9	-6,7
Bruttosozialprodukt	3,7	4,8	3,7	3,7	3,9	3,4	5,2	5,5	5,2	4,2	4,4	3,3
Nachrichtlich:												
Lohnstueckkosten 2)	3,0	5,9	2,8	2,9	3,5	2,2	6,8	6,7	7,6	7,5	5,3	4,3

1) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr.- 2) Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit zu Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970; Index: 1970 = 100

Saisonbereinigte Werte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1978 IV	1979				1980				1981		
		I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts Zu Preisen von 1970												
Arbeitsvolum.(Mill.Std.)	11351	11412	11427	11423	11461	11614	11295	11478	11349	11098	11151	11207
Beschaeft. (1000 Pers.)	21705	21803	21891	22008	22117	22207	22260	22266	22239	22190	22113	22004
Produktivitaet (DM)	19	19	19	19	20	20	20	19	20	20	20	20
Bruttoinlandspr.(Mrd.DM)	213	215	220	221	224	227	222	224	222	222	222	223
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts Zu jeweiligen Preisen (Mrd.DM) 3)												
Bruttoeink. a. uns. Arb.	733	745	763	774	793	805	825	836	851	851	866	870
Bruttolohn-u.-geh.summe	596	604	620	630	645	654	671	681	693	690	701	706
Nettolohn-u.-geh.summe	420	428	441	447	457	458	467	476	485	481	488	488
Bruttoeink.a.Unt.u.Verm.	298	309	318	309	328	333	321	325	303	301	305	314
Ind. Steuern abz. Subv.	143	144	152	164	158	162	162	165	175	168	172	168
Abschreibungen	149	152	156	160	164	169	174	178	182	186	190	194
Bruttosozialprodukt	1323	1349	1390	1408	1443	1468	1482	1503	1510	1506	1533	1546
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts Zu jeweiligen Preisen, ausserdem arbeitstaeglich bereinigt (Mrd.DM) 3)												
Privater Verbrauch	728	740	768	769	788	807	804	830	843	838	848	866
Oeffentlicher Verbrauch	265	270	276	280	287	290	303	307	314	322	318	322
Bauten	168	168	191	195	207	213	221	220	218	216	229	226
Ausruestungen	115	118	123	126	128	129	132	132	136	135	134	132
Vorratsveraenderung	14	24	16	30	31	28	24	15	8	9	2	-7
Ausfuhr	362	362	374	394	408	431	436	424	436	458	478	498
dar.: Waren	291	290	304	315	326	347	344	337	348	361	381	396
Abzuegl. Einfuhr	329	334	359	386	405	431	434	429	445	468	474	494
dar.: Waren	243	249	267	293	307	327	329	320	337	347	350	359
Bruttosozialprodukt	1324	1348	1390	1407	1444	1467	1486	1500	1510	1509	1534	1543
Zu Preisen von 1970; ausserdem arbeitstaeglich bereinigt (Mrd.DM) 3)												
Privater Verbrauch	480	483	495	488	494	501	491	501	502	493	490	493
Oeffentlicher Verbrauch	150	151	152	152	155	155	157	158	157	163	158	159
Bauten	110	107	118	118	123	125	122	121	118	118	121	119
Ausruestungen	83	86	88	90	91	90	91	91	92	91	89	87
Vorratsveraenderung	10	15	10	21	21	17	15	8	7	6	0	-10
Ausfuhr	252	250	255	264	268	279	277	269	273	283	290	298
dar.: Waren	206	205	212	216	220	229	224	220	223	229	238	244
Abzuegl. Einfuhr	229	232	239	248	253	259	257	255	257	262	260	259
dar.: Waren	175	179	183	192	196	199	198	195	197	197	195	190
Bruttosozialprodukt	856	860	880	885	899	908	896	893	890	892	888	887
Preisentwicklung (1970=100)												
Privater Verbrauch	152	153	155	157	159	161	164	166	168	170	173	176
Bauten	154	157	161	165	169	174	179	181	184	186	187	189
Ausruestungen	138	138	139	140	141	143	145	146	147	148	150	152
Terms of Trade	101	100	98	96	95	93	93	94	92	91	91	88
Bruttosozialprodukt	155	157	158	159	161	162	166	168	169	170	173	173
Nachrichtlich: Lohnstneckkosten 2)	161	163	163	165	166	167	174	175	179	180	183	183

1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren. Die Ergebnisse wurden gerundet.- 2) Bruttoeinkommen aus unselbststaendiger Arbeit zu Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970; Index: 1970=100.- 3) Vierteljahresdaten auf Jahresbasis hochgerechnet.

Entwicklung der saisonbereinigten Werte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1978 IV	1979				1980				1981		
		I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts Zu Preisen von 1970												
Arbeitsvolumen	0,0	0,5	0,0	0,0	0,5	1,5	-2,5	1,5	-1,0	-2,0	0,5	0,5
Reschaefftigte	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,5	-0,5
Produktivitaet	1,0	0,0	2,0	0,5	1,0	0,5	0,5	-1,0	0,5	2,5	-0,5	0,0
Bruttoinlandsprodukt	0,5	0,5	2,5	0,5	1,5	1,5	-2,0	0,5	-0,5	0,0	0,0	0,5
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts Zu jeweiligen Preisen												
Bruttoeink. a. uns. Arb.	1,0	1,5	2,5	1,5	2,5	1,5	2,5	1,5	2,0	0,0	1,5	0,5
Bruttolohn-u.-geh.summe	1,0	1,5	2,5	1,5	2,5	1,5	2,5	1,5	1,5	-0,5	1,5	0,5
Nettolohn-u.-geh.summe	0,0	2,0	3,0	1,5	2,0	0,0	2,0	2,0	2,0	-1,0	1,5	0,0
Bruttoeink.a.Unt.u.Verm.	-1,5	3,5	3,0	-3,0	6,0	1,5	-3,5	1,5	-7,0	-0,5	1,5	2,5
Ind. Steuern abz. Subv.	5,5	0,5	6,0	8,0	-4,0	2,5	0,0	1,5	6,0	-3,5	2,5	-2,5
Abschreibungen	2,0	2,0	2,5	2,5	2,5	3,0	3,0	2,0	2,5	2,5	2,0	2,0
Bruttosozialprodukt	1,0	2,0	3,0	1,5	2,5	1,5	1,0	1,5	0,5	-0,5	2,0	1,0
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts Zu jeweiligen Preisen, ausserdem arbeitstaeglich bereinigt												
Privater Verbrauch	0,5	1,5	4,0	0,0	2,5	2,5	-0,5	3,5	1,5	-0,5	1,5	2,0
Oeffentlicher Verbrauch	1,5	2,0	2,5	1,5	2,5	1,0	4,5	1,5	2,0	2,5	-1,0	1,0
Bauten	3,0	0,0	14,0	2,0	6,0	3,0	3,5	-0,5	-1,0	-1,0	5,5	-1,5
Ausruestungen	1,5	3,0	4,0	2,0	2,5	0,0	2,5	0,5	2,5	-0,5	-1,0	-1,5
Vorratsveraenderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	3,0	0,0	3,5	5,5	3,5	5,5	1,0	-3,0	3,0	5,0	4,5	4,0
dar.: Waren	3,5	-0,5	5,0	3,5	3,5	6,5	-1,0	-2,0	3,0	3,5	5,5	4,0
Abzuegl. Einfuhr	6,0	1,5	7,5	7,5	5,0	6,5	1,0	-1,5	4,0	5,0	1,5	4,0
dar.: Waren	5,5	2,5	7,0	10,0	5,0	6,5	0,5	-2,5	5,5	3,0	0,5	2,5
Bruttosozialprodukt	1,0	2,0	3,0	1,5	2,5	1,5	1,5	1,0	0,5	0,0	1,5	0,5
Zu Preisen von 1970; ausserdem arbeitstaeglich bereinigt												
Privater Verbrauch	0,0	0,5	2,5	-1,5	1,0	1,5	-2,0	2,0	0,0	-1,5	-0,5	0,5
Oeffentlicher Verbrauch	1,5	0,5	1,0	0,0	1,5	0,0	1,0	1,0	-1,0	4,0	-3,0	0,5
Bauten	1,0	-2,5	11,0	0,0	4,0	1,5	-2,5	-0,5	-3,0	0,5	2,0	-1,5
Ausruestungen	1,5	2,5	3,5	1,5	1,5	-0,5	1,0	0,0	1,0	-0,5	-2,5	-2,0
Vorratsveraenderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	2,5	-0,5	2,0	3,5	1,5	4,0	-0,5	-3,0	1,5	3,5	2,5	3,0
dar.: Waren	2,5	-0,5	3,5	2,0	2,0	4,5	-2,5	-2,0	1,5	2,5	3,5	2,5
Abzuegl. Einfuhr	5,5	1,0	3,5	4,0	2,0	2,0	-0,5	-0,5	0,5	2,5	-1,0	-0,5
dar.: Waren	5,0	2,0	2,5	4,5	2,0	1,5	-0,5	-1,5	0,5	0,0	-1,0	-3,0
Bruttosozialprodukt	0,5	0,5	2,5	0,5	1,5	1,0	-1,5	-0,5	-0,5	0,0	-0,5	0,0
Preisentwicklung (1970=100)												
Privater Verbrauch	0,5	1,0	1,0	1,5	1,5	1,5	1,5	1,0	1,0	1,5	1,5	1,5
Bauten	2,0	1,5	3,0	2,5	2,5	3,0	3,0	1,0	1,5	1,0	0,5	1,0
Ausruestungen	0,5	0,5	0,5	0,5	1,0	1,0	1,0	0,5	1,0	1,0	1,0	1,5
Terms of Trade	0,5	0,0	-2,5	-1,5	-1,0	-2,5	0,5	1,0	-2,5	-1,5	0,0	-3,0
Bruttosozialprodukt	0,5	1,5	0,5	0,5	1,0	1,0	2,5	1,0	1,0	0,5	2,0	0,5
Nachrichtlich: Lohnstueckkosten 2)	0,5	1,0	0,0	1,0	1,0	0,0	4,5	1,0	2,5	0,5	1,5	0,0

1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren. Veraenderung in vH gegenueber dem Vorquartal. Die Veraenderungsraten wurden gerundet.-2) Bruttoeinkommen aus unselbststaendiger Arbeit zu Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970; Index: 1970 = 100.

Bei gegenläufiger Entwicklung von Warenausfuhr und -einfuhr ist im Berichtsvierteljahr der reale Handelsbilanzsaldo wieder kräftig gestiegen. In nominaler Rechnung fiel die Zunahme — wegen der Verschlechterung der Terms of Trade — allerdings nur halb so groß aus. In der Dienstleistungsbilanz vergrößerte sich dagegen infolge erhöhter Zahlungen von Kapitalerträgen das Defizit erneut spürbar, so daß sich der nominale Außenbeitrag insgesamt nicht weiter verbesserte.

Auch im Berichtsquartal ist es nicht zu einer positiven Produktivitätsentwicklung gekommen, obwohl die Unternehmer verstärkt versucht haben, durch Verringerung der Beschäftigtenzahl wie auch der täglichen Arbeitszeit, das *Arbeitsvolumen* dem Produktionsverlauf anzupassen. Die Zahl der Beschäftigten wurde um mehr als 100 000 Personen zurückgenommen; dabei reduzierten vor allem Industrie, Bau und Handel, zuletzt aber auch einige Dienstleistungsbereiche ihren Beschäftigtenstand. Abermals nahm dabei die Zahl der Arbeitslosen rascher zu, die saisonbereinigte Arbeitslosenquote stieg auf 5,7 vH.

Ausblick

Wenn auch damit gerechnet werden muß, daß als Folge der Aufwertung der D-Mark — gegenüber dem US-Dollar sind es seit Mitte August etwa 13 vH — in nächster Zeit die Aufträge aus dem Ausland bei der Industrie nicht mehr so kräftig zunehmen werden, dürften die Warenexporte auch in den kommen-

den Monaten eine konjunkturstützende Wirkung ausüben. Die Importe von Waren werden nur noch wenig zurückgehen, da wechselkursbedingte Preissenkungen die Attraktivität ausländischer Waren in einigen Fällen erhöhen werden.

Die Inlandsbestellungen waren bis zuletzt deutlich rückläufig und dürften auch bis Jahresende schwach bleiben. Weder vom privaten noch vom öffentlichen Verbrauch werden in den kommenden Monaten Impulse auf die Produktion ausgehen: Da die Beschäftigung weiter deutlich sinkt und die Preise für die Lebenshaltung trotz der Abschwächung des Inflationsimports noch kräftig steigen werden, bleibt die Ausweitung des Verbrauchs eng begrenzt. Die Bauinvestitionen werden, da die Auftragsbestände nun auf ein Minimum geschrumpft und die Zinsen noch immer sehr hoch sind, kräftig zurückgehen; davon wird vor allem der öffentliche Bau betroffen sein. Auch die Ausrüstungsinvestitionen werden nochmals sinken, wie es der bis zuletzt rückläufige Auftrags-
eingang bei der Investitionsgüterindustrie deutlich signalisiert. Die Klagen über zu hohe Lagerbestände haben in jüngster Zeit etwas nachgelassen, so daß erwartet werden kann, daß sich der Lagerabbau nicht mehr verstärken wird.

Alles in allem wird das reale Bruttosozialprodukt im vierten Quartal, saison- und arbeitstäglich bereinigt, abnehmen und abermals etwas niedriger sein als in der entsprechenden Vorjahrsperiode. Der Rückgang für das gesamte Jahr 1981 wird sich dann auf rund 1 vH belaufen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,
Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Finanzpolitik verschärft Lage am Arbeitsmarkt. Bearbeitet von Dieter Teichmann und Dieter Vesper. —
Inlandsnachfrage sinkt weiter. Bearbeitet von Karin Müller-Krumholz.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit
Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zuzüglich Versandkosten.

— Hierzu ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —